

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich nachm. 6 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in Wilsdruff 2 Mk., im Voraus 1,50 Mk., bei Zustellung durch dieboten 2,00 Mk., bei Postbestellung 2,50 Mk. Einmalige Anzeigen werden nach Möglichkeit angenommen zu jeder Zeit. Die Redaktion ist für die Redaktion der Zeitung über den Inhalt der Beiträge nicht verantwortlich. — Abmeldung eingekaufter Exemplare erfolgt am, wenn Vorzug besteht.



Einzelpreis: Die Spaltenbreite beträgt 20 Zeilen, die Spaltenhöhe 100 Zeilen. Nachreichungsgeld 20 Goldmarken. Die Spaltenbreite beträgt 20 Zeilen, die Spaltenhöhe 100 Zeilen. Nachreichungsgeld 20 Goldmarken. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die Redaktion ist für die Redaktion der Zeitung über den Inhalt der Beiträge nicht verantwortlich. — Abmeldung eingekaufter Exemplare erfolgt am, wenn Vorzug besteht.

Nr. 209. 83. Jahrgang. Wilsdruff-Dresden. Sonnabend 6. September 1924

Englische Besorgnisse.

Es ist doch ein merkwürdiges Zwiegespräch, das sich am Schluß der Londoner Konferenz zwischen Herriot und Macdonald abgespielt hat: der Franzose macht seinem englischen Kollegen Mitteilung davon, daß er mit Deutschland in Verhandlungen über einen Handelsvertrag eintreten werde; ob England etwas dagegen habe? Das verneint Macdonald: „wenn nicht die Interessen, die ich vertrete, davon berührt werden“. Worauf Herriot verspricht, die englische Regierung über den Gang der Verhandlungen auf dem laufenden zu halten.

Weniger bezweifelnd als diese Unterredung selbst ist die Tatsache, daß sie jetzt, gerade jetzt veröffentlicht wird mit der Zufallsbemerkung, daß das Versprechen Herriot's in Gegenwart von drei weiteren Zeugen vor sich gegangen sei. In England stellt sich nun doch ein ziemlicher Napenjammer nach dem Londoner Konferenzgespräch ein, und das Abkommen weniger, aber seine Folgen haben namentlich die englischen Wirtschaftler sehr nachdenklich gemacht. Sind doch sogar vom Ministerpräsidenten selbst je ein Arbeitgeber und ein Arbeitnehmer aus jedem Industriezweig zu einer Kommission zusammenberufen worden, die darüber zu wachen hat, ob nicht aus der Erfüllung des Londoner Abkommens sich für die englische Industrie, infolge des Wiedererwachens der deutschen, gefährliche Schwierigkeiten ergeben.

Doch darüber hinaus wird eine wilde Agitation gegen die Auslegung der Abnahme für Deutschland getrieben; die „Times“ drohen sogar mit der Veröffentlichung des Namens eines jeden Anteilnehmers, und vor ein paar Tagen brachte die liberale „Westminster Gazette“ einen Aufsatz aus der Feder eines hervortretenden englischen Industriellen, der den bezeichnenden Satz schrieb: „Nebenfalls wird man von englischer Seite alles tun, um die deutschen Produktionskosten in die Höhe zu treiben und damit die deutsche Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt zu vermindern.“ Und es wird gesprochen von einer gemeinsamen Front der englischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer in der Industrie gegen den Dawes-Verein. Die ansehnliche Arbeitslosenliste wird dafür auch ausgenutzt werden; andererseits haben aber bekanntlich die Gewerkschaften auf ihrem Kongreß in Hull gegen die Herabdrückung des Lebensstandards der englischen Arbeiterschaft auf Kosten der deutschen Arbeiter heftig protestiert. Freilich liegt hier die Zwickmühle vor, auf die schon wiederholt hingewiesen wurde: keine Reparationen ohne das Wiederaufblühen der deutschen Industrie, die ihren Export forcieren muß.

Und auf der andern Seite die bevorstehenden deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen, bei denen die für Deutschland ungünstige Situation, die Zwangslage gerade durch das Nachgeben Macdonald's in der Ruhräumungsfrage geschaffen wurde! Daher die heftige englische Kritik am Londoner Abkommen, daher die abfällige Beurteilung der „Erfolge“ der bisherigen Politik Macdonald's. Nicht zuletzt in seinen eigenen Reihen; denn eine derartige Politik hätte der konservative Baldwin auch machen können. Und man muß immer bedenken, daß Macdonald parlamentarisch auf die Unterstützung wenigstens einer der andern beiden Parteien angewiesen ist. Wadlign ist seine Stellung ja immer gewesen, er hat sich schon anderthalb Duzend Niederlagen im Unterhaus geholt, und in der Führung der Weltpolitik schiebt sich der amerikanische Vetter jenseits des Atlantik immer stärker in den Vordergrund.

Der letzte Akt der Macdonald's Regierungsschiff im Sturm, der es umbräuht, noch halten soll, ist Genf. Doch hat Herriot schon jetzt erklärt: „Sicherung“, dann Abrüstung. Er kennt genau die schwachen Stellen seines englischen Kollegen, der nun endlich mit einem wirklichen Erfolg nach Hause kommen muß. Auf wessen Kosten, ist klar: auf Deutschlands. Herriot hat der Ruhräumung ja grundsätzlich zugestimmt, sie aber praktisch hinausgeschoben. Desto fester wird er, grundsätzlich wie praktisch, in der „Sicherungsfrage“ bleiben; davon zeugt schon, was über die erste Unterredung der beiden Ministerpräsidenten in Genf gemeldet wird. Vorkäufig ist Macdonald — seine vorsichtigen Äußerungen englischen Journalisten gegenüber beweisen es — mit den Plänen, ja mit der Grundeinstellung Herriot's gar nicht einverstanden und polemisiert sogar ein wenig dagegen; aber das sind nur Vorposten der Geschichte, die die Schwäche der englischen Position nicht verbüllen können. Und am Anfang der französischen Vorschläge steht der Satz, daß an eine Abrüstungsherabsetzung nicht zu denken sei, ehe nicht die Sicherheitsfrage gelöst ist, — soweit sie überhaupt durch Garantieverträge gelöst werden kann!

Macdonald im Frack.

In einer Versammlung von Pressevertretern in Genf gab der englische Premier Macdonald gleichsam als Vororientierung einige Aufschlüsse über seine Absichten bei den zu erwartenden Auseinandersetzungen. Etwas Ansehen und einige Heiterkeit erregte es, als er im eleganten Frack und mit einer Zigarre in der Hand auf einen Tisch stieg und seine „Kollegen“, wie er die Zeitungsmenschen nannte, anredete. Seine Erscheinung bildete

Abrüstung und Schiedsgericht.

Der große Tag in Genf.

Riesige Menschenmengen sind heute um den Reformationsaal versammelt, in dem der Völkerbund tagt. Es sind zum großen Teil diejenigen, die keinen Einfluß mehr fanden, um der mit Spannung erwarteten Rede Macdonald's über Abrüstung und Völkerbund beizuwohnen. Im Saal ist bis auf den letzten Tribünenplatz alles überfüllt. Um 11 Uhr ertönt die Glocke des Präsidenten Wolla zur Eröffnung und unvermittelt erscheint Macdonald im grauen Straßenanzug, von stürmischen, minutenlangem Beifall empfangen, und besteigt das Rednerpult. Die Delegierten erheben sich von den Sitzen. Unter größter Aufmerksamkeit beginnt der englische Ministerpräsident seine immer wieder von Beifall unterbrochene Rede. Er spricht mit großer Lebhaftigkeit, manchmal mit beschwörender und eindringlicher Stimme, an den wichtigsten Stellen mit den Häuften auf das Pult schlagend, mit oft hinreißendem, rednerischem Schwung, der spontanen Händeklatschen auslöst, ab und zu unmittelbar an die französischen Delegierten gewandt, die in gespanntester Aufmerksamkeit seinen Ausführungen folgen.

Macdonald's Rede.

Schon bald nach Beginn seiner Darlegungen kommt Macdonald auf die Kriegsschuldfrage zu sprechen und sagt mit großer Erregung, die Welt könne heute nicht darauf warten, bis die Schuldfrage in allen ihren Einzelheiten festgestellt sei. Das sei vielleicht erst nach fünfzig Jahren möglich. Dann werde die Weltgeschichte ihr Urteil fällen. Macdonald ruft aus: „Ich bin hier im Namen einer Regierung, um zu versichern, daß sie alles im Werk, um den Zweck zu erfüllen, den Frieden auf Erden zu sichern. Die Zukunft hängt von dem Völkerbund ab. Der Garantievertrag, der auf militärischer Gewalt beruht, kann nicht den Frieden der Völker sichern. Die militärische Vereinbarung wäre ein Senfkor, das neue Kriege bedeutete, die sich entwickeln und den Völkerbund zerstückeln.“ Die Au-

ammenetzung des Völkerbundes muß allumfassend sein. Europa bietet in den letzten zwei Jahren kein einziges Bild. Amerika ist immer loyal gewesen. In London ist der Anfang zu einem besseren Verhältnis zwischen Deutschland und Europa gemacht worden.

Deutschland darf nicht außerhalb des Völkerbundes sein. Die Lösung der Abrüstungsfrage und der Minderheitenfrage ist ohne Deutschland nicht möglich. Wir müssen eine europäische Gemeinschaft begründen, in der Deutschland seinen Platz haben wird.

Der russische Vertrag ist ein Zeichen für die Sinnänderung der Sowjetregierung. Wir haben die Hoffnung, daß es gelingen wird, auch mit Sowjetrußland in andere Beziehungen zu treten. Ein Schiedsgericht für Streitigkeiten zwischen den Staaten sollte zusammenreten, sobald die ersten Völker am Horizont erscheinen.

Das Schiedsgericht muß in den Stand gesetzt werden, den Frieden zu sichern. Der Gerichtshof muß geschaffen werden. Die Verpflichtungen müssen festgelegt werden. Wir müssen die Weltrechtsfassung Europas ändern. Ein wesentlicher Bestandteil der Sicherheit ist die Gerechtigkeit. Einer allgemeinen Abrüstungskonferenz würde ein voller Mißerfolg beschieden sein. Nur durch eine Schiedsgerichtskonferenz, die noch in diesem Jahre stattfinden müßte, sind die Probleme zu lösen. Alle hier vertretenen Nationen sollen zu einer Schiedsgerichtskonferenz zusammenreten, die in Europa stattfinden müßte. Der Völkerbundsvertrag ermöglicht das Schiedsgericht. Lassen Sie uns alle für eine Schiedsgerichtskonferenz eintreten und eine Kommission zu ihrer Vorbereitung einsetzen. Die einzelnen Nationen sollen in ihrem Gebiete nicht eingeklinkt werden. Die Welt muß aber für einen Völkerbund gewonnen werden. Die britische Regierung tritt dafür ein.

Nach Beendigung der Rede Macdonald's, in der er sich mitunter an einzelne Delegierte, auch an seinen „lieben Freund Herriot“, wandte, setzte nicht endenwollender Beifall und stürmisches Händeklatschen ein. Herriot, der morgen sprechen wird, applaudierte lebhaft mit.

1. Das Dawes-Gutachten.

a) Wenn wir die Vorgeschichte der Einsetzung einer Sachverständigenkommission kurz behandeln, müssen wir bis Kriegsende zurückgreifen.

Durch den Vertrag oder richtiger: das Diktat von Versailles mußten wir umfangreiche Schuldverpflichtungen übernehmen, die Kriegsschäden durch Zahlungen und Sachleistungen zu heilen, zu reparieren. Die Aufzeichnung der Schäden, die Eintreibung der Geld- und Sachleistungen und die Verteilung auf die geschädigten Feindbundmächte ist Sache einer Reparationskommission (Repto), in der das Deutsche Reich weder Sitz noch Stimme hat.

Die Berechtigung unseres immerwährenden Einspruchs gegen die unausführbaren Forderungen der Repto ist deutlich belegt durch den wirtschaftlichen Verfall im D. R., der sich an einem Teile in der Erwerbslosenliste ausdrückt, und durch die Inflationswelle, der in der Rentenliste ein einstweiliger Damm entgegengeleitet wurde. Das fälschlicherweise in den guten Willen der Reichsregierung gelehte Mißtrauen, besonders das Poincarés und seiner Anhänger, war die Triebfeder zu der vor 1 1/2 Jahr — Januar 1923 — bewirkten zwangsweisen Vertreibung durch die unrechtmäßige, vertragswidrige militärische und wirtschaftliche Besetzung des Ruhrgebietes und angrenzender Landstriche bzw. wirtschaftlich bedeutender Städte. Die unausgesetzten Bemühungen der Reichsregierung blieben erfolglos, und der passive Widerstand brach zusammen. — Das ist die eine Seite, auf der anderen Seite: durch Unterbinden einer der stärksten deutschen Wirtschaftsadern, vielleicht der wirtschaftlichen Schlagader des Reiches blieben die Zahlungen an die Entente aus. Demzufolge griff die Repto zu folgenden Zwangsmahnahmen:

1. Ricum-Verträge, d. h. Zwangszahlungs- und Leistungsverträge zwischen Repto und Ruhr-Schwerindustrie.
2. Französisch-belgische Eisenbahntarife, d. h. eigener Eisenbahnbetrieb der Franzosen und Belgier auf den Linien des besetzten Gebietes.
3. Steuer- und Zolleintreibung im Ruhrland.

Senat und Kammer von Frankreich mußten sehr bald trübe Erfahrungen in bezug auf die Rentabilität dieser neuen Unternehmungen der grande nation machen, und so kam man auf einen amerikanischen Vorschlag von 1922 zurück: Repto-Beschluß vom 30. 11. 23 zurück: Errichtung einer Sachverständigenkommission, d. h. einer Kommission von Wirtschaftskammern des Feindbundes. Ihr erwußte die Abgabe, ein Urteil über die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Deutschlands zu fällen und auf Grund dessen die Höhe der Reparationsleistungen auf Jahre hinaus festzulegen. Grundätzlich mit dieser Maßnahme einverstanden sind die Reichsregierung für ihr berechtigtes Verlangen, daß deutsche Sachverständige der Kommission angehören müßten, keine Liebe in dem unter Frankreichs Vorherrschaft stehenden Feindbund. Den französischen, belgischen, englischen, italienischen und amerikanischen

Dawesgutachten und Dawesgesetze

Volkswirtschaftliche Betrachtung von Oberl. Meyer, Wilsdruff.

Es ist ein Grundübel des Deutschen, daß er sich zu allem und jedem politisch einstellt, ohne daß er besondere politische Veranlagung an den Tag legt. Das hat sich wieder ganz deutlich gezeigt in den letzten Wochen, die beherrscht wurden von zwei höchst bedeutsamen Ereignissen, von der Londoner Konferenz und den damit in Verbindung stehenden Sitzungen von Reichsrat und Reichstag. Es ist eine andere als die rein politische Stellungnahme hierzu nicht nur möglich, sondern sogar empfehlenswert, ich meine die volkswirtschaftliche Einstellung, die den Vorzug der Sachlichkeit hat.

Vorausgesetzt sei, daß wir unter Dawes-Gutachten das Gutachten der Sachverständigen auf Grund des Berichtes vom amerikanischen General Dawes verstehen und mit den Dawes-Gesetzen jenen ganzen Komplex von Gesetzen meinen, auf Grund dessen die Durchführung des Gutachtens zu erfolgen hat.

Für unsere unpolitische Betrachtung ergibt sich somit folgende Richtlinie:

- I. Das Dawes-Gutachten:
 - a) Vorgeschichte und Zusammensetzung der Sachverständigenkommission.
 - b) Inhalt des Gutachtens.
- II. Die Dawes-Gesetze:
 - a) Befenseigenart derselben.
 - b) Behandlung im Reichstage als dem Organ der Volksherrschaftsgewalt.